

## Resolution

til/zum:

**Dagsordenspunkt/TOP 5**

Husum, 16.09.2017

## Landesverband

Norderstr. 76

24939 Flensburg

Tel. (0461) 144 08 310

Fax (0461) 144 08 313

info@ssw.de

## Forderungen des SSW zur Bundestagswahl 2017

Traditionell wird sich der SSW für **keine Partei eine Wahlempfehlung** aussprechen. Der SSW-Landesparteitag fordert dennoch alle Bürgerinnen und Bürger in Schleswig-Holstein dazu auf, an der Bundestagswahl 2017 am 24.09.2017 teilzunehmen und ihr **demokratisches Wahlrecht** auszuüben.

Der SSW-Landesparteitag empfiehlt den Wählerinnen und Wählern in Schleswig-Holstein, sich bei ihrer Stimmabgabe an Parteien sowie Kandidatinnen und Kandidaten zu orientieren, die sich zu einer **sozialen und solidarischen Gesellschaft** bekennen und sich unter anderem für folgende Ziele und Forderungen des SSW einsetzen:

- 1. Minderheitenpolitik ist auch Bundespolitik.** Wir wollen, dass der Bund seinen Verpflichtungen für die vier nationalen Minderheiten - Dänen, Friesen, Sorben sowie Sinti und Roma – finanziell noch besser als heute nachkommt. Dazu muss u.a. das Kooperationsverbot des Bundes im Kulturbereich z.B. für Schulen aufgehoben werden.
- 2.** Wir wollen, dass der **Schutz und die Förderung der vier nationalen Minderheiten** in das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland - nach dem Vorbild der Landesverfassung Schleswig-Holstein – verankert wird.
- 3.** Wir wollen eine **Änderung des § 184 des Gerichtsverfassungsgesetzes** so, dass die Minderheitensprachen Dänisch und Friesisch im Gerichtsverfahren ohne Übersetzungskosten anerkannt werden.
- 4.** Wir wollen, dass sich der Bund auf europäischer Ebene für die europäische Bürgerinitiative **Minority Safepack** zum Schutz der nationalen Minderheiten einsetzt.
- 5.** Wir wollen weitere aktive Maßnahmen seitens des Bundes, um die wirtschaftliche und kulturelle Entwicklung des **deutsch-dänischen Grenzlandes** voranzubringen. Dazu gehört insbesondere der weitere Abbau von bürokratischen Hindernissen für die Grenzpendler.

6. Wir wollen, dass sich der Bund gemeinsam mit Dänemark für einen **Ausbau der Infrastruktur auf der Jütland-Route** einsetzt. Dazu gehört ein dreispuriger Ausbau der A7 von der Grenze bis Hamburg und ein zügiger **Neubau einer kombinierten Straßen-Schienen-Lösung** über den Nord-Ostsee-Kanal. Weiter muss sich der Bund für einen schnellen Ausbau der A20 mit einer Elbüberquerung einsetzen.
7. Wir wollen, dass der **Bund das Konnexitätsprinzip** einführt, so dass das neue Bundesaufgaben für Länder und Kommunen nur beschlossen werden können, wenn sie voll vom Bund finanziert werden. Dazu gehört auch, dass die Kommunen insgesamt vom Bund besser finanziell ausgestattet werden.
8. Wir wollen eine Änderung des Rentensystems, die eine **höhere Rente** für breitere Bevölkerungsschichten sichert und Altersarmut entgegen tritt.

Der SSW-Landesvorstand  
05.09.2017